

# AGABY

ARBEITSGEMEINSCHAFT DER  
AUSLÄNDERBEIRÄTE  
BAYERNS

Landesgeschäftsstelle  
Wittelsbacherstr.1  
91126 Schwabach  
Tel.: 09122/830780  
Fax: 01212 5 102 93 988  
E-Mail: [agaby@web.de](mailto:agaby@web.de)  
Internet: [www.agaby.de](http://www.agaby.de)

---

Würzburg, 30. April 2006

## Presseerklärung

### anlässlich einer Tagung am 29. und 30. April in Würzburg

Auf einer gemeinsamen Tagung der AGABY und der Kommission „Integration und interkulturelle Arbeit“ des Bayerischen Jugendrings (BJR) in Würzburg wurde eine Kooperation der AGABY mit dem BJR in Angriff genommen. Beide Organisationen wollen die Zusammenarbeit auf eine kooperative Grundlage stellen. Die gemeinsame Erklärung wurde von der Einsicht geleitet, dass eine verbesserte Einbeziehung von jungen Migrant/innen in die Angebote und Strukturen der Jugendarbeit für beide Organisationen Synergieeffekte hervorrufen werde.

Vorausgegangen war in einer offenen Diskussion die Feststellung, dass ein integrationsförderndes Klima in Bayern Grundlage für Integrationsmaßnahmen sein muss. Da in letzter Zeit vor allem die negativen Aspekte der politischen Meinungen die Integrationsdebatte beherrscht habe, müsse hier ein Umdenken stattfinden, ohne in eine heile Weltsicht zu verfallen. Als positive Ansätze wurden die Leistungen der Migrant/innen auf ökonomischer, kultureller und staatstragender Ebene genannt. In diesem Zusammenhang wurde klar zum Ausdruck gebracht, dass Fundamentalismus und Rassismus ein Problem darstelle, das sowohl die deutsche, als auch die Migrantinnenbevölkerung bedrohe. Als ein Auftrag des Grundgesetzes müsse man diese menschenverachtenden Einstellungen daher gemeinsam bekämpfen.

Für die bezweckte gemeinsame Jugendarbeit bedeute dies für den BJR konkret eine Erhöhung und bedarfsgerechte Ausstattung des Jugendprogramms. Im Vordergrund der gesellschaftlichen und politischen Diskussion muss dabei die Wertschätzung und Anerkennung der Kompetenzen von Menschen mit Migrationshintergrund stehen. Erst wenn sich jugendliche und ältere Migrant/innen in Bayern „zu Hause als Mitbürger/in“ fühlen, sei das Ziel der Integration erreicht. Leider, so die gemeinsame Meinung, ist man davon noch meilenweit entfernt. Die AGABY wird für diese Aufgabe einen Jugendarbeitskreis gründen.

Im Anschluss an die gemeinsame Tagung fand am Sonntagnachmittag eine Delegiertenversammlung der AGABY statt, auf der die Themen „ Bleiberecht für geduldete Aus-

länder“, „Gründung einer Frauenarbeitsgruppe“, der „10 Punkte Katalog der Bayerischen Staatsregierung“ und die „vermehrte Einschulung ausländischer Kinder in die Förderschule“ behandelt wurden.

Zum Bleiberecht beschloss die AGABY nach engagierter Debatte, dass langjährig geduldete Flüchtlinge gestaffelt nach dem Personenstand eine sichere Aufenthaltsgenehmigung erhalten sollen. Für Alleinstehende nach 5 Jahren, für Familien mit Kindern nach 3 Jahren und für unbegleitete Kinder, traumatisierte Kriegsoffer und Opfer rassistischer Angriffe nach 2 Jahren.

Nach dem Stand vom 30.11.2005 lebten in Bayern 6.839 Menschen mit Duldung sowie 1.039 Menschen im Asylverfahren, die schon länger als 5 Jahre hier leben. Für die Betroffenen veranstaltet die AGABY eine Demonstration mit vielen anderen Organisationen am Mittwoch, den 3. Mai, um 17.00 Uhr auf dem Marienplatz in München.

Nächster Tagespunkt war die Gründung eines Frauenarbeitskreises für Migrantinnen. Dies wurde mehrheitlich beschlossen. Damit bezweckt die AGABY eine Vernetzung der Frauen in den Mitgliedsbeiräten der AGABY, um frauenspezifische Themen stärker zur Geltung zu bringen. Es wurde betont, dass der Arbeitskreis auf Landesebene auch für Migrantinnen offen sein soll, die nicht in Ausländerbeiräten organisiert sind.

Beim Tagesordnungspunkt „10 Punkte Katalog der Bayerischen Staatsregierung“ entzündete sich die Diskussion an mehreren Punkten des als restriktiv eingestuften Entwurfs der Bayerischen Staatsregierung zur besseren Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. An manchen Punkten gab es aber auch Zustimmung. Allgemeiner Tenor der Delegierten war jedoch, dass mit dem Entwurf überwiegend ein integrationspolitischer Rückschritt festgeschrieben wird. So werden von der AGABY Sanktionen im Rahmen der Integrationskurse abgelehnt, die bei Nichtbestehen die weitere Aufenthaltserlaubnis entziehen. Ebenso negativ wurde die Absicht beurteilt, dass ein nachziehender Ehegatte über Grundkenntnisse der deutschen Sprache verfügen soll. Dies widerspreche dem Grundrecht der freien Partnerwahl und der Familiengründung.

Bei dem Punkt Zwangsheirat begrüßten die Delegierten die Einführung eines Straftatbestandes. Heiraten gegen den Willen von Frauen sehe auch der Koran nicht vor. Dies sei Relikt einer patriarchalischen Gesinnung, das in einem modernen Staat, der auf Menschenrechten aufgebaut ist, nichts zu suchen hat.

Nichts einzuwenden hatten die Delegierten, bei der Einbürgerung einen Eid auf die Verfassung

zu leisten. Jedoch wäre es integrationsfördernder, die Mehrstaatlichkeit zuzulassen, um die Motivation zur Einbürgerung zu erhöhen.

Bei den Punkten Zulassung von Bildungseinrichtungen muslimischer Träger und Dialog mit integrationsbereiten muslimischen Organisationen sollte laut Beschluss der AGABY das Wort muslimisch durch religiös ersetzt werden. Grund ist die damit ausgedrückte Gleichstellung aller Religionen.

Abschließend wurde bei dem Thema „vermehrte Einschulung ausländischer Kinder in die Förderschule“ die Hauptursache in der schlechten Förderung der deutschen Sprache im Vorschulalter gesehen. Dass der Staat hier mehr machen muss, ist deutlich kritisiert worden. Man sagte aber auch, dass die Eltern für den Spracherwerb ihrer Kinder ebenfalls mehr sensibilisiert werden müssen.